

## **9 Anfragen (schriftlich)**

### **9.1 Durchwegung Brückengasse zum Oeverseepark (GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)**

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin!

Ein Grundsatz der Mobilitätsstrategie der Stadt Graz stellt die „Stadt der kurzen Wege“ dar, um die Nahmobilität wieder in den Vordergrund zu rücken. Umso unverständlicher ist es, dass im Bereich der Brückengasse die Durchwegung zum Oeverseepark, der vielen Bewohner:innen als eine Oase der Erholung dient, im Laufe der Bautätigkeiten der letzten Jahre abhandengekommen ist beziehungsweise im Zuge des Baues der Tiefgarage für die Häuser Lissagasse 14 und 16 ein durchgängiges Aufrechterhalten des Weges nicht zur Gänze berücksichtigt wurde. Im Flächenwidmungsplan ist dieser Weg mit der Grundstücksnummer 2277 jedoch noch ausgewiesen. Auch im Sinne des Masterplan Gehen wäre es wünschenswert, wenn die Bewohner:innen aus dem Bereich rund um den City-Park kommend, nicht den Umweg über die Korngasse und Oeverseegasse nehmen müssten, sondern direkt in der Verlängerung der Brückengasse wieder den Oeverseepark erreichen könnten. Im Optimalfall könnte diese Durchwegung auch für Radfahrer:innen genutzt werden, da sie einen direkten Anschluss an den Radweg Dorothee-Sölle-Weg darstellen würde. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, die

#### **Anfrage,**

ob Sie bereit sind, im Sinne des Motivenberichts klären zu lassen, welche Möglichkeiten es gibt, die Durchwegung der Brückengasse für Fußgänger:innen oder auch für den Radverkehr in Richtung Oeverseepark wieder herzustellen.

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9.2 Radabstellflächen Rathaushof  
(GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Ganz im Sinne der sanften Mobilität werden die Grazer:innen im allgemeinen und natürlich auch die Magistratsbediensteten im speziellen dazu animiert, auf das Fahrrad umzusteigen. Was auch immer mehr tun. Allerdings hält die sogenannte Infrastruktur mit der Bereitschaft, auf den Drahtesel zu wechseln, beileibe nicht immer mit. Das Negativbeispiel: Der Rathaushof. Ein Teil ist an ein Café vermietet, in einem anderen Hof stehen die Dienstautos, ein dritter Hof dient als Zu- und Ablieferungsbereich. Den Rest teilen sich stinkende Müllcontainer und Fahrradabstellbereiche. Letztere sind meist derart hoffnungslos überfüllt, dass später Kommende verzweifelt Räder zu schlichten beginnen, um vielleicht doch noch ein Platzl ergattern zu können. Dass mittlerweile sogar für „Dienstfahräder“ ein eigener Abschnitt reserviert ist, das ist das Tüpfelchen auf dem i.

Zwar wird seit Jahren, um nicht zu sagen seit einer gefühlten Ewigkeit darüber gesprochen, die Radhaus-Innenhöfe, oder zumindest einen davon, so zu adaptieren, dass mehr Fahrräder Platz haben, zumal ja auch der Bereich vor dem Rathaus am Hauptplatz üblicherweise zu Bersten vollgeparkt ist, geschehen ist bis dato aber nichts. Was zunehmend an Goethes Faust und der Erkenntnis: Die Botschaft hör ich wohl, allein – mir fehlt der Glaube“ erinnert. Was aber nicht sein kann und nicht sein darf: Wenn wir ernsthaft daran interessiert sind, dass die Menschen vermehrt auf die sanfte Mobilität und somit auch auf das Rad setzen, dann muss auch die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stehen: Und dazu gehören eben auch überdachte Radabstellplätze!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, die

**Anfrage:**

1. Gibt es bereits konkrete Pläne für die seit langem angekündigte Ausweitung der überdachten Fahrrad-Abstellplätze in den Rathaus-Innenhöfen und wie sehen diese aus?
2. Wenn ja, wann ist mit Umsetzungsbeginn zu rechnen?
3. Wenn ja, wann wird der Endausbau sein und um wie viele Fahrrad-Abstellplätze mehr wird es dann in den Rathaus-Innenhöfen geben?
4. Sollte es noch keine konkreten Pläne geben, werden solche Planungen forciert?
5. Und wenn nein, warum nicht?

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9.3 Airbnb Vermietung von Wohnungen in Graz  
(GR<sup>in</sup> Dipl.-WI<sup>in</sup> (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Liebe Elke!

Das Vermieten von Wohnungen über Plattformen wie Airbnb und Booking.com boomt seit Jahren. Es hat in vielen Städten zu teils gravierenden Problemen geführt.

Kritiker:innen fordern eine Regulierung auf EU-Ebene. Dieser Prozess geht aber nur zäh voran, dabei gibt es längst konkrete Vorschläge.

Für Reisende und Vermieterinnen und Vermieter ist die Situation ein Vorteil: teils günstigere Unterkünfte auf der einen Seite, neue Verdienstmöglichkeiten auf der anderen. Doch mit dem starken Boom und der Kommerzialisierung zeigten sich rasch die Nachteile: Ganze Häuser, ja Straßenzüge bestehen oft schon größtenteils aus solchen Kurzfristwohnungen. Für die „normalen“ Hausbewohner:innen sind die ständigen

Wechsel und oft lärmigen Dreitagesnachbarn bestenfalls ein Ärgernis, nicht selten aber eine echte Belastung. Von Lärm bis Dreck reicht hier die Palette. Der Bevölkerung werde auch „effektiver Wohnraum entzogen“. In Graz werden schon mehr als 1.000 Wohnungen auf der Homepage von Airbnb angeboten. Tendenz steigend.

Eine Allianz betroffener Städte, Wien inklusive, fordert seit längerem konkrete Maßnahmen. Im November legte die EU-Kommission einen Vorschlag vor. Konkret sollen damit Plattformen wie Airbnb und Booking.com dazu verpflichtet werden, Daten von Vermieterinnen und Vermietern an die nationalen Behörden zu liefern. Dagegen sträuben sich diese aber seit Jahren erfolgreich.

Auch die nationalen Regierungen haben sich im Rat auf ihre Verhandlungsposition geeinigt. Nun fehlt noch das Europäische Parlament. Die Position des Parlaments sollen im September im zuständigen Binnenmarktausschuss fixiert werden. Das Plenum könnte dies dann im Oktober absegnen. Selbst wenn die dann anstehenden Triloggespräche, in denen Rat, EU-Parlament und Kommission einen Kompromiss aller drei Positionen aushandeln müssen, noch heuer abgeschlossen werden, tritt die Datenübermittlungspflicht frühestens 2025, möglicherweise aber auch erst ein Jahr später in Kraft. Außerdem fehlt noch die rechtliche Basis. Es müssten in Streitfällen nationale Gerichte zuständig sein, nicht das Land mit der Europazentrale des Unternehmens. Denn letzteres würde bedeuten, dass Streitigkeiten vor irischen Gerichten verhandelt werden müssten – wie das etwa bei der Datenschutzgrundverordnung der Fall ist. Alles in Allem ein langer Weg, den es zu gehen gilt. In der Zwischenzeit gilt es aber der Entwicklung entgegen zu wirken.

Im Namen des SPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich folgende

**Anfrage:**

Welche Schritte werden seitens der Stadt unternommen um den Trend der privaten Vermietung entgegen zu wirken? Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es beziehungsweise welche rechtlichen Voraussetzungen wären erforderlich und besteht seitens der Stadt die Absicht, in dieser Angelegenheit initiativ zu werden und wenn ja, wie?

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **9.4 Kampagne Mülltrennung (GR<sup>in</sup> Dipl.-WI<sup>in</sup> (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Liebe Elke!

Laut einer Umfrage des Abfallunternehmens ARA (Altstoff Recycling Austria) finden 94 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher die Idee der Abfalltrennung gut bis sehr gut. In der Steiermark gaben sogar 30 Prozent an, im Haushalt mehr Müll zu trennen als in den letzten vier Jahren zuvor.

In der Steiermark erzeugt jede:r Einwohner:in rund 490 Kilogramm Müll pro Jahr. Das meiste davon landet in der Restmülltonne – aber zu Unrecht. Fehlwürfe passieren einerseits durch Unwissenheit und andererseits durch Bequemlichkeit.

Die steirische Restmüllanalyse lasse tief blicken: Zwei Drittel des Mülls in der schwarzen Tonne sind Fehlwürfe, rund 30 Prozent Bioabfälle, weitere zehn Prozent Verpackungsmüll, aber es finden sich auch – freilich in deutlich geringerem Ausmaß – Problemstoffe bis hin zu Akkus, die bekanntlich auch vermehrt Brände in den Sammelstellen verursachen.

1.000 Tonnen im Jahr werden von der Holding im Jahr beanstandet und wegen Verunreinigung nicht entleert. Meist dreht es sich um die Biotonnen. Hausverwaltungen müssen in Grazer Siedlungen immer öfter zu mehr Disziplin bei der Mülltrennung mahnen – in der schwarzen Restmülltonne landen etwa zwei Drittel Fehlwürfe. Auch Kontrollen der Holding zeugen von Handlungsbedarf.

Wichtiger Hebel hierfür, sind unsere Kinder. Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Etablierung der Mülltrennung durch sie stattgefunden hat. In der Schule gelernt und verstanden, wurde dieses Wissen daheim verbreitet und konsequent eingefordert. Vielleicht wäre es an der Zeit, diesen Hebel wieder zu aktivieren

Im Namen des SPÖ Gemeinderatsklub stelle ich folgende

**Anfrage:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen gemeinsam mit dem Umweltamt die Möglichkeit der Kampagne zur Sensibilisierung der Grazer Bürger:innen überprüfen. Ausgehend von möglichen Projektangeboten an den Grazer Pflichtschulen bis hin zu Siedlungsgemeinschaften. Ziel dieser Kampagne soll es sein, die Fehlwürfe nachhaltig zu reduzieren und somit Kosten einzusparen.

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9.5 Mobile Problemstoff- und Sperrmüllsammlung  
(GR<sup>in</sup> Dipl.-WI<sup>in</sup> (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Nicht zuletzt aufgrund der neuen Öffnungszeiten im Recyclingcenter in der Sturzgasse wird immer öfter nach der seinerzeitigen mobilen Bezirksentrümpelung gefragt.

Waren doch Sonn- und Feiertage in vielen Familien „Sturzgassen-Tage“: Denn naturgemäß sind „Großräume-Aktionen“ vor allem für Berufstätige an Samstagen möglich, da hat man ausreichend Zeit, die Dachböden, Keller, Garagen, Carports etc. zu räumen – um dann am nächsten Tag mit Sperrmüll, Elektroschrott, Problemstoffen usw. unter Umständen sogar mehrmals das Recyclingcenter aufzusuchen. Das waren ja auch meist jene Tage, an denen man Eltern und Großeltern, die über kein Kfz verfügen, beim Abtransport am ehesten aushelfen konnte. So kam nicht von ungefähr, dass an Sonntagen und Feiertagen die Warteschlangen um nichts weniger lang als an anderen Tagen waren, sondern zum Teil sogar das Gegenteil der Fall war: Bisweilen reichte die Autokolonne bis weit in die Puchstraße.

Damit ist es aber jetzt vorbei: An Sonn- und Feiertagen sind die Türen im Recyclingcenter verschlossen. Was bei nicht gerade wenigen Grazer:innen mangels Alternativen für Unmut sorgt: Und vor allem ältere Mitbürger:innen sehnen sich wieder nach den seinerzeitigen mobilen Bezirksentrümpelungen zurück, die seitens der Stadt regelmäßig angeboten worden waren, die aber gerade aufgrund der ausgedehnten Sturzgassen-Öffnungszeiten dann beendet wurden.

Wobei ein solches mobiles Angebot durch die Stadt Graz wahrscheinlich durchaus auch aus einem weiteren gewichtigen Grund eine neue Aktualität hätte: Denn wenn immer mehr Menschen den nachvollziehbaren Intentionen der Stadt Folge leisten und generell auf ein Kfz verzichten, wie sollen diese Mitbürger:innen dann Sperrmüll, Wert- und Problemstoffe in die Sturzgasse transportieren? Mit den Öffis wird es wohl schwer möglich sein, einen alten Kühlschrank, Kastenteile usw. zu transportieren. Dasselbe gilt

für Lastenfahrräder. Bleibt der bereits einige Male gehörte Vorschlag, dann halt auf Leihautos, auf die Tim-Fahrzeuge zurückzugreifen. Gäbe es deren überhaupt an einem Wochenende genug und sind diese dafür ausgelegt, Grünschnitt, Bauschutt etc. zu transportieren? Eher nicht. Fazit: Nachdem die Sturzgassen-Öffnungszeiten eingeschränkt wurden und zudem Grazer:innen angehalten sind, grundsätzlich auf ein eigenes Kfz zu verzichten, braucht es wohl Alternativen, wie diese Menschen ihre Problemstoffe, ihren Elektroschrott, ihren Sperrmüll, gegebenenfalls auch ihren Grünschnitt entsorgen können – und das verhältnismäßig kostengünstig, ohne teure private Entsorger engagieren zu müssen. Und das wird wohl nur durch eine Wiederbelebung der seinerzeitigen mobilen Problemstoff- und Sperrmüllentsorgung möglich sein.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, die

**Anfrage:**

Bist du bereit, auf die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz einzuwirken, damit gemäß Motivenbericht Konzeptionen für eine mobile Problemstoff- und Sperrmüllentsorgung entwickelt werden, um so einerseits auf die geänderten Öffnungszeiten des Recyclingcenters in der Sturzgasse, vor allem aber auch auf das seitens der Stadt forcierte veränderte Mobilitätsverhalten der Grazer Bevölkerung, das mancherseits sogar bis zum grundsätzlichen Verzicht auf ein eigenes Kfz abzielt, reagieren zu können?

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***



**9.6 Radweg Alte Poststraße Entschärfung der Gefahrenstellen  
(GR<sup>in</sup> Dipl.-WI<sup>in</sup> (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Radwege Alte Poststraße beiderseits im Bereich Reininghaus sorgen bereits seit längerem für Gesprächsstoff im negativen Sinn. Denn obwohl die Radwege (asphaltiert) von den direkt angrenzenden Gehwegen (gepflastert) optisch mehr als deutlich und vorbildhaft abgegrenzt sind, ist etwas Anderes

alles andere als vorbildlich: Größtenteils ist der Radweg vom Niveau auch ein bis zwei Zentimeter unter dem Gehweg, und als zusätzliche Abgrenzung sind zwischen Rad- und Fußweg Randsteine aus Granit. Das sind ein bis zwei Zentimeter Niveauunterschied, die schon mehrfach Radfahrer:innen zum Verhängnis wurden, die deswegen dort zu Sturz kamen. Die Kante zwischen Rad- und Fußweg ist nicht nur bei Dunkelheit oder auch bei grellem Sonnenschein und Gegenlicht ein Problem – wenn jemandem ein Lastenfahrzeug oder ein Kinderwagen-Anhänger entgegenkommt, wird es nahezu zu einer Millimeterarbeit, an der Kante vorbei zu lenken, um nicht zu Sturz zu kommen.

Zu einem kleinen Teil scheint die Situation mittlerweile entschärft zu sein, aber größtenteils ist diese unsägliche Kante immer noch vorhanden, sorgt für einige Stürze, noch mehr Gefahrenmomente und sehr viel Verärgerung. Denn wenn man es damit ernst meint, die Grazer:innen motivieren zu wollen, noch mehr auf das Fahrrad umzusteigen, sollten Radwege gefahrenfrei befahren werden können: Die Radwege in der Alten Poststraße erfordern dringend eine Entschärfung, so wie grundsätzlich alle mit derartigen Projekten befassten Planer:innen und Abteilungen angewiesen werden müssten, auf derartige Hürden und Erschwernisse gefälligst zu verzichten. Für Nervenkitzel und Abenteuer gibt es Mountainbike-Strecken; Radwege, die auch von Kindern, Familien, älteren Mitmenschen einfach nur im Sinne der sanften Mobilität genutzt werden, sollten frei von Nervenkitzel verwendet werden können.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, die

**Anfrage:**

Bist du bereit, auf die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz einzuwirken, damit gemäß Motivenbericht:

1. die Radwege beiderseits der Alten Poststraße im Bereich Reininghaus zur Gänze insofern entschärft werden, als der gefährliche Niveauunterschied zwischen Radweg und Gehweg, der derzeit durch Granitbegrenzungssteine erfolgt und für äußerst gefährliche Situationen verantwortlich ist, zur Gänze bereinigt wird und
2. alle für die Stadt tätigen Planer:innen sowie alle in diesem Bereich tätigen Abteilungen eindringlich darauf hingewiesen werden, in Zukunft derart gefährliche Gestaltungen tunlichst zu unterlassen, da solch minimale Niveauunterschiede nicht die Sicherheit heben, sondern vielmehr zusätzliche Gefahren darstellen.

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9.7 Fahrzeuge der Holding Graz  
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Arbeiter der Holding Graz sind es, die unsere Straßen und Grünräume täglich aufs Neue sauber und in Ordnung halten. Sie bemühen sich, den Anforderungen einer Stadt wie Graz gerecht zu werden.

Daher ist es nur gut und recht, ihnen die bestmögliche Arbeitsausstattung zu ermöglichen. Das fängt bei ausreichend und geeigneten Werkzeug an und soll auch bei den Kraftfahrzeugen nicht enden. Die Fahrzeuge, mit denen die Arbeitswege durch Graz, auch an sehr heißen Tagen erledigt werden, haben oftmals keine oder eine unzureichende Klimatisierung. Zudem hört man von technischen Mängeln wie nicht funktionstüchtige Fensterheber.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs folgende

**Anfrage:**

1. Wie viele Fahrzeuge hat die Holding für die jeweiligen Abteilungen und Einsatzgebiete im Bestand?
2. Wie lange bleiben Fahrzeuge in Gebrauch?
3. In welchen Intervallen werden Fahrzeuge gewartet?
4. Wie wird auf Reparaturaufträge der Belegschaft reagiert?
5. Sind alle Fahrzeuge mit einer Klimaanlage ausgestattet?
6. Werden neue Fahrzeuge immer mit einer Klimaanlage ausgestattet?

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9.8 Remise Steyrergasse  
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der geplante Umbau der Remise Steyrergasse soll Medienberichten zufolge mittlerweile statt EUR 150 Millionen rund EUR 230 Millionen kosten. In Anbetracht dieser massiven Mehrkosten, bleiben neben einem enormen Loch im Budget auch viele Fragen offen.

Das Projekt als Ganzes, beziehungsweise auch eventuell in Einzelprojekten, wie von der Holding medial vorgeschlagen, muss auf jedes Detail überprüft und über die Notwendigkeit und den Nutzen entschieden werden. Beispielhaft steht das geplante Windrad zur Diskussion. Eine genaue Abwägung gegenüber PV-Anlagen und deren Kosten/Nutzen Rechnung in Verbindung mit einem Dachgarten ist anzustellen.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs folgende

**Anfrage:**

1. Wie verhält sich die Kosten/Nutzenrechnung des möglichen Windrades zu einer ähnlich teuren PV-Anlage?
2. Welche Einsparungen sind im gesamten Projekt geplant?
3. Mit welchen Gesamtkosten muss bei gerechnet werden, wenn das Projekt auf das Wesentliche reduziert wird?
4. Wird eine Aufteilung in einzelne Projekte erwogen?
5. Werden sämtliche Altlasten entfernt?
6. Wenn Nein: Warum nicht? Welche fachliche Begründung gibt es?

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9.9 Status Bebauungspläne  
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Aktuell gibt es in Graz eine mittlerweile viele Grundstücke, die einen Bebauungsplan voraussetzen. Hinzukommen Aufschließungsgebiete, die besonderen Aufwand erfordern.

Um bei weiterer Steigerung der bebauungsplanpflichtigen Flächen keine Schieflage beziehungsweise Überlastung des vorhandenen Personals zu provozieren, soll genau aufgelistet werden wie der IST-Stand der laufenden Verfahren ist.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs folgende

**Anfrage:**

1. Wie viele Verfahren zu Bebauungsplänen sind aktuell anhängig?
2. Gibt es Bebauungspläne, die die 18 Monate Frist bereits überschreiten?
3. Wie lange ist der durchschnittliche Bearbeitungszeitraum?

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9.10 Anrainer:innen-Fragen betreffend dem Projekt Fahrradstraße Marburger Straße  
(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

am 9. Mai 2023 wurde im Grazer Bezirk St. Peter eine Bezirksversammlung zur neuen Fahrradstraße in der Marburger Straße abgehalten. Dabei stellte Bürgermeisterin-

Stellvertreterin und Verkehrsstadträtin Judith Schwentner gemeinsam mit den Expertinnen und Experten von Stadt und Land das Projekt Fahrradstraße und dessen Genese den interessierten Bürgerinnen und Bürgern vor

([https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/bewegtestadt/6286001/EmotionaleBezirksversammlung\\_Schwentner-auf-Kreiskys-Spuren](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/bewegtestadt/6286001/EmotionaleBezirksversammlung_Schwentner-auf-Kreiskys-Spuren) ).

Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichteten im Anschluss an die Bezirksversammlung von offenen Fragen, die an diesem Abend nicht beantwortet werden konnten. Zur Sammlung dieser offenen Fragen wurden deshalb Formulare ausgeteilt und daran erinnert, dass sich die Anrainerinnen und Anrainer auch bei zuständigen Stellen im Rathaus melden können. Doch nun, zwei Monate nach der Bezirksversammlung, warten anscheinend immer noch einige Anrainerinnen und Anrainer auf eine Antwort. Um Sicherzustellen, dass alle Fragen von Anrainerinnen und Anrainern gehört und beantwortet werden, stelle ich gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende schriftliche

**Anfrage:**

1. Wie viele Fragen von Anrainerinnen und Anrainer sind im Zuge der oben genannten Bezirksversammlung betreffend der Marburger Straße gesammelt und an die zuständigen Stellen im Rathaus weitergeleitet worden?
2. Wie viele Fragen von Anrainerinnen und Anrainer sind vor beziehungsweise nach (jeweils zwei Monate!) der oben genannten Bezirksversammlung betreffend der Marburger Straße an die zuständigen Stellen im Rathaus gerichtet worden? (Bitte um Trennung in VOR und NACH der Bezirksversammlung!)
3. An welche Stellen im Rathaus – inklusive dem Büro von Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner – richteten die Anrainerinnen und Anrainer ihre Fragen betreffend der Marburger Straße vor beziehungsweise nach (jeweils zwei Monate!) der oben genannten Bezirksversammlung?

4. Konnten alle Fragen beantwortet werden?
  - a. Wenn nein, warum nicht?
5. Wie lange dauerte die Beantwortung der Fragen im Durchschnitt?
6. Welche Schlagworte wurden in den Fragen am häufigsten verwendet? (Bitte um Nennung der Top-5-Schlagworte!)
7. Wurde die in der Bezirksversammlung versprochene Verkehrszählung während der Baustellenphase bereits durchgeführt?
  - a. Wenn nein, warum nicht?
8. Gibt es Meldungen (aus den vergangenen zwei Monaten!) von Anrainerinnen und Anrainer aus den Nebenstraßen der Marburger Straße, in denen von zusätzlichem Verkehrsaufkommen oder anderen Störungen, die in direkten Zusammenhang mit dem Projekt Fahrradstraße gebracht werden?
  - a. Wenn ja, um welche Störungen handelt es sich dabei?

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **9.11 Besetzung der Geschäftsführerposten in der GUF (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH – kurz GUF – besteht seit dem Jahr 2005 und zählt seitdem zu einem der wichtigsten Instrumente der Grazer Finanzpolitik. Sie ist ein 100%-Tochterunternehmen der Holding Graz und ihre Tätigkeit umfasst im weitesten Sinne die Finanzierung der Stadt (Haus Graz).

Die Geschäftsführung dieser Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH oblag in der Vergangenheit zumeist den Finanzdirektoren der Stadt und der Holding Graz. Auch findet sich zeitweilig der Vorstandsvorsitzende der Holding beziehungsweise die GBG –

als zwischenzeitliche Muttergesellschaft – als Verantwortliche auf den Papieren des städtischen Unternehmens. Aktuell sind laut öffentlich zugänglichen Wirtschaftsportalen der Geschäftsführer der Stromnetze Graz Dr. Michael Hierzenberger und der mit einer Stabstelle in der Finanzdirektion tätige ehemalige Finanzdirektor der Stadt Graz Mag. Stefan Tschikof als Geschäftsführer im Firmenbuch eingetragen. Beide verbindet, dass sie weder der Finanzdirektion der Stadt noch der Finanzabteilung der Holding aktuell vorstehen. Damit wurde eine Tradition beendet, die die Besetzung des Top-Managements der GUF mit ihrer direkten Verbindung zu den entscheidenden Funktionen in der Stadt und der Holding begründet hat.

Auf die Frage, die wir NEOS in der Gemeinderatssitzung am 15. Juni 2023 an den zuständigen Personal- und Finanzstadtrat Manfred Eber (KPÖ) gestellt haben, antwortete dieser, dass die Besetzung nach den Vorgaben des für die Holding geltenden VIER-EBENEN-MODELLS für Besetzungen von Führungskräften in Tochtergesellschaften der Stadt erfolgte. (<https://www.kpoegraz.at/transparenz-jetzt-auch-bei-holding-postenvergaben.phtml>)

Da keinerlei Erklärungen dieses VIER-EBENEN-MODELLS auf der Website der Holding Graz aufzufinden sind und auch die Ausschreibung der GUF-Geschäftsführung nicht publik gemacht wurde, stelle ich gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende schriftliche

**Anfrage:**

1. Nach welchen Regelungen werden die Führungspositionen in Tochtergesellschaften der Stadt Graz vergeben?
2. Wann und durch wen wurden diese Regelungen dem Aufsichtsrat der Holding Graz zur Kenntnis gebracht?



3. Müssen sämtliche Führungspositionen in Tochtergesellschaften der Stadt Graz öffentlich ausgeschrieben werden?
  - a. Wenn nein, warum nicht?
4. Zählt die Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH - kurz GUF – zu einer Tochtergesellschaft der Stadt Graz?
  - a. Wenn nein, warum nicht?
5. Wann und von welcher Stelle wurde der zweite Geschäftsführerposten der GUF neben Mag. Stefan Tschikof ausgeschrieben?
6. In welchen Medien wurde die Ausschreibung für die Stelle des zweiten Geschäftsführerposten der GUF veröffentlicht?
7. Was waren die Anforderungen an die Bewerber:innen und welches Gehalt wurde in der Ausschreibung für die Stelle des zweiten Geschäftsführerposten der GUF angeboten?
8. Wie viele Bewerber:innen gab es für die Stelle des zweiten Geschäftsführers der GUF?
9. Wurde das Auswahlverfahren für die Stelle des zweiten Geschäftsführers der GUF von einer externen Beratungsfirma begleitet?
  - a. Wenn nein, warum nicht?
10. Woher wusste Dr. Michael Hierzenberger von der Ausschreibung für die Stelle des zweiten Geschäftsführers der GUF?
11. Erfüllt Dr. Michael Hierzenberger ihrer Meinung nach die Anforderungen für die Stelle des zweiten Geschäftsführers der GUF?
  - a. Warum?
12. Warum wurden nicht alle Gemeinderatsfraktionen über die Ausschreibung für die Stelle des zweiten Geschäftsführers der GUF informiert?

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9.12 Aktuelle Statistik zum neuen Ressourcenpark  
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Oktober letzten Jahres wurde der neue Ressourcenpark in der Sturzgasse eröffnet. Dieser versprach eine Verbesserung der Kundenfreundlichkeit sowie eine Anpassung an modernste Standards. Um festzustellen, inwiefern dieser Umbau die Erwartungen bereits erfüllt hat, ist es notwendig konkrete Zahlen und Fakten zu erhalten. Auch Debatten wie jene um die Schließung an Sonn- und Feiertagen könnten damit fundierter geführt werden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgende

**Anfrage:**

1. Inwiefern hat sich die Anzahl an Kunden sowie die Menge an entsorgtem Müll durch den Umbau des Ressourcenparks verändert?
2. Wie verteilt sich das Kundenaufkommen im Laufe des Tages beziehungsweise der Woche?
3. Welchen Einfluss hatte der Umbau auf die Wirtschaftlichkeit des Ressourcenparks.
4. Wie viele Zufahrten gab es jeweils in den Jahren 2021 und 2022 sonn- und feiertags.

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9.13 Schulische Ferienbetreuung  
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Immer wieder wenden sich Eltern an uns, weil sie mit dem Angebot der schulischen Ferienbetreuung nicht zufrieden sind. Sie berichten über die geringe Anzahl an Standorten, welche zudem erst nach den Anmeldungen endgültig festgelegt werden. Oft sind diese Standorte besonders für Familien ohne Auto schwer zu erreichen oder entsprechen nicht den Vorstellungen der Eltern. Zudem beseht eine große Planungsunsicherheit, weil eine Aufnahme in die Ferienbetreuung vom Erreichen der Mindestanmeldezahl abhängt. Besucht ein Kind während dem Schuljahr nicht die Nachmittagsbetreuung, wird es überhaupt nur nach freien Verfügbarkeiten aufgenommen.

Für arbeitende Eltern stellt diese Situation oftmals eine große Herausforderung dar. Uns allen sollte es ein Anliegen sein, eine Lösung zu finden, welche einer familienfreundlichen Stadt angemessen ist.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgende

**Anfrage:**

1. An welchen Schulen findet in den Sommerferien 2023 eine schulische Ferienbetreuung statt?
2. Wie viele Kinder wurden dafür angemeldet?
  - a. Welche Pflichtschulen haben diese Kinder im letzten Schuljahr besucht (bitte um Angabe der Anzahl pro Schule)?
  - b. Aus welchen Bezirken stammen diese Kinder?
3. Wie viele Kinder mussten abgelehnt werden (bitte um Angabe der Gründe)?

4. Ist bekannt, ob und wie viele Eltern es gibt, die das Angebot der schulischen Ferienbetreuung nicht in Anspruch nehmen, weil eine solche in ihrem Bezirk nicht stattfindet?
  - a. Wenn nein, ist geplant eine Erhebung zu dieser Frage durchzuführen?
5. Wie hat sich die Nachfrage nach der schulischen Ferienbetreuung in den letzten Jahren entwickelt?

***Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***